

Fragen

für die Fragestunde der 239. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 21. Juni 2017

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 34	Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 9
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 37	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 46
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	18, 19	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21
Buchholz, Christine (DIE LINKE.)	10, 11	Leidig, Sabine (DIE LINKE.)	22, 23
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	38, 44	Mutlu, Özcan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 7	Pahlmann, Ingrid (CDU/CSU)	27, 28
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 26	Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 43
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	48, 49
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	13, 35	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	16, 47
Höger, Inge (DIE LINKE.)	4, 17	Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.)	3
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	12, 40	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	14, 15
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	41, 42		
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ...	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	12
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	12
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	16

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

1. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Inwiefern strebt die Bundesregierung weiterhin an, dass das Urheberrechts-Wissensgesellschafts-Gesetz (UrhWissG) nach abschließender Beratung durch den Bundestag in der 26. Kalenderwoche in Kraft tritt?

2. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche konkreten Auswirkungen hätte nach Auffassung der Bundesregierung eine Nichtverabschiedung des Urheberrechts-Wissensgesellschafts-Gesetzes (UrhWissG) auf Lehrende, Studierende, Schülerinnen und Schüler?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

3. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.) Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus Medienberichten (www.tagesschau.de/wirtschaft/uran-usa-deutschland-103.html), wonach die der zivilen Atomenergienutzung verpflichtete URENCO mit dem US-amerikanischen AKW-Betreiber Tennessee Valley Authority (TVA) einen Vertrag abgeschlossen hat, in dem es um die Lieferungen von angereichertem Uran zur Herstellung und zum Einsatz von Brennelementen in vier Atomreaktoren (Watts Bar 1 und 2 sowie Sequoyah 1 und 2) geht, welche für das US-Atomwaffenprogramm Tritium zur Sprengkraftverstärkung von Atomsprenköpfen produzieren sollen, und in welcher Weise wird die Bundesregierung, z. B. im Rahmen ihrer Mitgliedschaft des im Vertrag von Almelo als Kontrollorgan eingerichteten Joint Committee, darauf hinwirken, dass diese Verträge zwischen URENCO und TVA umgehend beendet werden und damit Deutschland nicht direkt oder indirekt Unterstützerin des US-Atomwaffenprogramms wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

4. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Evakuierung und Unterbringung von Obdachlosen während des G20-Gipfels in Hamburg im Juli 2017, insbesondere im Hinblick auf den Einsatz von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Behandlung dieser Menschen aus menschenrechtlicher Sicht (www.ndr.de/nachrichten/hamburg/G20-Gipfel-Offenbar-sind-Obdachlose-im-Weg,obdachlose294.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

5. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung über sogenannte „Gentech-Labore für Zuhause“ vor, mit denen das Erbgut von Organismen manipuliert werden kann, die im Internet verkauft werden (bitte unter Angabe, wie hoch der Absatz solcher Baukästen nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland ist und ob es Strafverfolgungen diesbezüglich gab/gibt), und welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, damit nicht außerhalb von behördlich überwachten gentechnischen Anlagen solche Baukästen in Deutschland verwendet werden?
6. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Meinung des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR), wonach die jüngste Analyse von Prof. Christopher Portier zu übersehenen Tumorbefunden in den Glyphosat-Studien den Herstellern schon lange bekannt sei und nichts Neues enthalte (vgl. www.bfr.bund.de/cm/343/keine-neuen-erkenntnisse-bei-der-risikobewertung-von-glyphosat.pdf)?

7. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welches Bundesministerium oder welches Bundesorgan hat die Dienstaufsicht über das BfR, wenn nicht das BMEL (siehe Süddeutsche Zeitung online vom 7. Juni 2017, www.sueddeutsche.de/wirtschaft/glyphosat-gefahrlche-verbindungen-1.3537185)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

8. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zwischenzeitlich über die Luftangriffe der gemeinsamen Koalition am 26. Mai 2017 auf die syrische Stadt Al-Majadin, bei denen mindestens 80 Zivilisten, darunter über 30 Kinder, getötet wurden (vgl. RP Online vom 26. Mai 2017, www.rp-online.de/politik/ausland/syrien-anti-terror-koalition-toetet-80-angehoerige-von-iskaempfern-in-majadin-aid-1.6844773) in Erfahrung bringen können, und welche möglichen Konsequenzen zieht sie angesichts der im Rahmen der Operation „Inherent Resolve“ immer weiter steigenden Zahl getöteter Zivilisten (vgl. ZEIT ONLINE vom 20. März 2017, www.zeit.de/politik/ausland/2017-03/us-armee-irak-syrien-kriegsfolgen-todesopfer-zivilisten; ZEIT ONLINE vom 26. Mai 2017, www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-05/syrien-us-luftangriff-islamischer-staat)?
9. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern finden nach dem Beschluss über den NATO-Eintritt in die Anti-IS-Koalition (vgl. www.n-tv.de/politik/Stoltenberg-begruesst-klares-Signal-article19859553.html) die Targeting-Richtlinien der NATO Anwendung, und sollten sie keine Anwendung finden, welche anderen Wirkungen und Konsequenzen für die Operation „Inherent Resolve“ folgen aus diesem Beschluss?
10. Abgeordnete
**Christine
Buchholz**
(DIE LINKE.)
- Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch, dass das Bundesverteidigungsministerium in der Antwort vom 17. Mai 2017 auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. über „Luftangriffe der US-geführten Koalition in Syrien und Irak“ (Bundestagsdrucksache 18/12368,

Frage 16) erklärt, es lägen „keine eigenen Erkenntnisse zur Anzahl der durch Luftangriffe der internationalen Anti-IS-Koalition ums Leben gekommenen Kämpfer der Terrororganisation Islamischer Staat vor“, das Auswärtige Amt hingegen in der Antwort vom 18. Mai 2017 auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. über „Hintergründe zum Einsatz von Minen und Sprengfallen im Irak und Syrien“ (Bundestagsdrucksache 18/12460, Frage 14) eine exakte Angabe in vierstelliger Höhe über die Zahl der „im Rahmen der Bombardierung und Erstürmung der irakischen Stadt Mossul 2017“ getöteten Kombattanten in der Geheimschutzstelle den Abgeordneten zur Einsicht vorlegen kann?

11. Abgeordnete
**Christine
Buchholz**
(DIE LINKE.)

Hat die Bundesregierung neue Erkenntnisse erlangt, und wenn ja, welche, bezüglich des in Frage 19 der Kleinen Anfrage über „Luftangriffe der US-geführten Koalition in Syrien und Irak“ (Bundestagsdrucksache 18/12079) erwähnten Luftangriffs auf eine ehemalige Schule in Al-Mansura in Syrien vom 20./21. März 2017, insbesondere hinsichtlich der Zahl der zivilen Opfer und der Ursachen, die zur Bombardierung dieses zivilen Ziels führten?

12. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Was kann die Bundesregierung dazu mitteilen, mit welchem Ergebnis mittlerweile auch Bomben- und Raketenhersteller („Systemhersteller von Effektoren“) in die Beschaffung von Kampfdrohnen eingebunden sind, wozu die Bundesregierung vor über einem Jahr mitteilte, dass dies erst „nach Eröffnung des Vergabeverfahrens und basierend auf einem Angebot“ erfolgen würde (Antwort der Bundesregierung zu Frage 17a der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 18/7725; bitte wie erfragt mitteilen, mit welchen Herstellern nach Vorlage des Airbus-Angebots von November 2016 Verhandlungen bzw. Kontakt aufgenommen wurden/wurde), und was weiß die Bundesregierung mittlerweile darüber, welche Bewaffnung von den Herstellern bereits an den Drohnen Heron TP eingesetzt oder getestet wurde, wozu es damals hieß, dass von der Bundeswehr benötigte Testergebnisse erst „im Zuge der nächsten Schritte angefragt und bewertet“ würden?

13. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Inwiefern soll es möglich sein, die Einsätze der fünf Kampfdrohnen der Bundeswehr (merkur.de vom 13. Juni 2017, „Bundeswehr-Kampfdrohnen kosten mehr als eine Milliarde Euro“) nicht nur auf dem Luftwaffenstützpunkt in Jagel oder dem Einsatzführungskommando in Potsdam auszuwerten, sondern die Drohnen auch von dort zu steuern, und wie viele Besatzungen sollen für die Steuerung bzw. Auswertung von Sensordaten in den benötigten Bodenstationen ausgebildet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

14. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele offene Angebote der Kinder- und Jugendarbeit und wie viele Angebote der gruppenbezogenen Kinder- und Jugendarbeit sind der Bundesregierung bekannt (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
15. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele Veranstaltungen und Projekte der Kinder- und Jugendarbeit sind der Bundesregierung bekannt, und wie verhalten sich nach Kenntnis der Bundesregierung die personellen Ressourcen der Träger der Jugendhilfe bei Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit insgesamt zwischen ehrenamtlich Aktiven und beruflich Beschäftigten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

16. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Wie viele Stockwerke im Neubau des Gemeinsamen Bundesausschusses bleiben nach Kenntnis der Bundesregierung (bezugnehmend auf die Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 62 auf Bundestagsdrucksache 18/12441 ohne barrierefreie WCs, und welches Verständnis von Barrierefreiheit liegt der Auf-

fassung zugrunde, barrierefreie Toiletten ausschließlich in den Konferenzbereichen eines Gebäudes als ausreichend anzusehen?

17. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den Rettungsdienst und die gesundheitliche Versorgung des G20-Gipfels im Juli 2017 in Hamburg, insbesondere hinsichtlich der Bereitstellung von Notfallkrankenhäusern, des Einsatzes zusätzlicher Notärzte, sowie entsprechender Logistik wie z. B. Apotheken, Medikamente, Verbandsmaterial etc. (www.ndr.de/nachrichten/hamburg/G20-Gipfel-Krankenhaeuser-nicht-vorbereitet,gipfeltreffen238.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

18. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)

Ist es nach Ansicht der Bundesregierung auf Basis der von Bundestag und Bundesrat beschlossenen Grundgesetzänderungen sowie des damit korrespondierenden Errichtungsgesetzes rechtlich ausgeschlossen, dass die zu gründende privatrechtliche Autobahngesellschaft Anleihen begibt (bitte mit konkretem Bezug zur Rechtsgrundlage begründen), und wenn nein, welchen Einfluss hat nach Ansicht der Bundesregierung zukünftig der Eigentümer (Bund) dieser Autobahngesellschaft auf deren Aktivitäten am Kapitalmarkt?

19. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)

In welcher Form hat der Automobilhersteller Volkswagen AG gegenüber der Bundesregierung Manipulationen an in Deutschland verkauften Pkw eingeräumt (vgl. www.faz.net/aktuell/wirtschaft/vw-abgasskandal/dobrindt-zum-abgasskandal-vw-hat-manipulationen-in-europa-eingeraeumt-13821059.html), und für welche Fahrzeugmodelle haben Hersteller seit Beginn des „Abgasskandals“ Manipulationen gegenüber der Bundesregierung bzw. nachgeordneten Behörden eingeräumt?

20. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat das Kraftfahrt-Bundesamt bzw. die Untersuchungskommission „Volkswagen“ die Aussage des VW-Konzerns, dass die in einigen Audi-Fahrzeugmodellen genutzte Aufwärmstrategie „nach Herstellerangaben auf dem Prüfstand wie auf der Straße gleichermaßen angewendet“ (vgl. z. B. S. 24 des Untersuchungsberichts der Untersuchungskommission „Volkswagen“) werde, durch eigene Tests im Rahmen der damaligen Untersuchungen für den Untersuchungsbericht vom 22. April 2016 auf ihre Richtigkeit überprüft, und wenn nein, warum hat sich das Kraftfahrt-Bundesamt bzw. die Untersuchungskommission „Volkswagen“ allein auf die Herstellerangaben verlassen?
21. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Fahrzeugmodelle hat das Kraftfahrt-Bundesamt bzw. die Untersuchungskommission „Volkswagen“ nach Veröffentlichung des Untersuchungsberichts auf Abgasmanipulationen durch eine Aufwärmstrategie geprüft, und welche Schlussfolgerungen hinsichtlich der Zulässigkeit bzw. Unzulässigkeit der Aufwärmstrategie hat das Kraftfahrt-Bundesamt bzw. die Untersuchungskommission „Volkswagen“ bei diesen Fahrzeugmodellen jeweils gezogen?
22. Abgeordnete
Sabine Leidig
(DIE LINKE.)
- Welche illegalen elektronischen Vorrichtungen (z. B. Lenkwinkelerkennung) waren der Grund für den gegenüber der AUDI AG (bzw. der Volkswagen AG) behördlich verfügten verpflichtenden Rückruf von 24 000 Fahrzeugen der Modellreihen A7 und A8 (vgl. www.faz.net/aktuell/wirtschaft/schummelei-mit-lenkwinkel-kraftfahrtbundesamt-verordnet-audi-pflicht-rueckruf-15062055.html), und durch welche konkreten Testverfahren hat das Kraftfahrt-Bundesamt den Einsatz von illegalen Vorrichtungen erkannt?
23. Abgeordnete
Sabine Leidig
(DIE LINKE.)
- Welche Vorgaben muss der Hersteller AUDI nunmehr erfüllen, um die Freigabe für ein entsprechendes Umrüstkonzept zu erhalten (bitte unter Angabe eines zu erfüllenden Konformitätsfaktors ausführen), und gilt für die Halterinnen und Halter der betroffenen Fahrzeuge, dass die Betriebs-

genehmigung ihres Fahrzeuges bei Nichtvornahme einer Umrüstung erlischt (bitte begründen)?

24. Abgeordnete
**Annalena
Baerbock**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Position vertritt die Bundesregierung bezüglich der am 23. September 2016 vom Bundesrat geforderten schnellstmöglichen Regelung der verhaltens- und zulassungsrechtlichen Voraussetzungen für den Betrieb von selbstbalancierenden Fahrzeugen und Fahrzeugen mit Elektroantrieb, die nicht mindestens einen Sitzplatz haben (E-Skateboards und andere), im öffentlichen Verkehr, und wann ist mit einer gesetzlichen Neuregelung bzw. einer Aufnahme von derzeit als Kfz eingestuften Elektro-Einrädern, Elektro-Skateboards und ähnlichen Fahrzeugen in die Mobilitätshilfenverordnung zu rechnen?

25. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Maßnahmen Große Wendlinger Kurve sowie Ausbau der Bahnstrecke Stuttgart-Feuerbach–Stuttgart-Zuffenhausen (5./6. Gleis) Teile der aktuellen Untersuchungen im Rahmen der Bewertung der im Potentiellen Bedarf eingestuften Projekte des Bundesschienenwegeausbaugesetzes (wenn ja, in welchem Projekt), und wenn nein, welche Möglichkeiten bestehen nach Informationsstand der Bundesregierung noch, diese Projekte zu bewerten und als Bedarfsplanprojekte aufnehmen zu können, insbesondere vor dem Hintergrund, dass eine solche Bewertung für die Große Wendlinger Kurve als Teil des Maßnahmenkatalogs der Machbarkeitsstudie zum Deutschland-Takt erfolgen soll (siehe Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann vom 24. November 2015) und der Streckenabschnitt zwischen Stuttgart-Feuerbach und Stuttgart-Zuffenhausen auf Grund der meines Wissens zwischenzeitlich erfolgten Aktualisierung der geplanten Zugzahlen durch das Verkehrsministerium des Landes Baden-Württemberg nach Aussage der Bundesregierung einer erneuten Analyse zu unterziehen ist (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 18/11817)?

26. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bis wann erwartet die Bundesregierung den Abschluss der Bewertungen der Maßnahmen „Deutschland-Takt“ und „Überholgleise für 740m-Züge“ im Rahmen des Potentiellen Bedarfs des Bundesschienenwegeausbaugesetzes (bitte jeweils Monat und Jahr angeben), und welche Einzelmaßnahmen sind nach derzeitigem Informationsstand Gegenstand des Bewertungsverfahrens für das Projekt „Deutschland-Takt“?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

27. Abgeordnete
Ingrid Pahlmann
(CDU/CSU)
- Auf welche konkreten Forschungsstudien und welche Datenlage stützen sich die Forderungen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit für ein Verbot der Freizeitfischerei in AWZ-Gebieten (AWZ = Ausschließliche Wirtschaftszone)?
28. Abgeordnete
Ingrid Pahlmann
(CDU/CSU)
- Auf welcher Grundlage stützt die Bundesregierung ein temporäres, räumliches oder pauschales Verbot der Freizeitfischerei?
29. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Kenntnisse hat die Bundesregierung – auch unter Einbezug der Kenntnisse aus dem ersten Treffen der Deutsch-Belgischen Nuklearkommission vom 7. bis 8. Juni 2017 – über die neu bekannt gewordene Anzahl der Risse in den Reaktordruckbehältern der belgischen Atomkraftwerke Tihange 2 und Doel 3 (vgl. „Viele neue Risse in belgischen AKW“ vom 11. Juni 2017, <https://www.tagesschau.de/ausland/belgien-akw-107.html>), und wird sie gegenüber der belgischen Regierung eine Abschaltung der Reaktoren fordern (wenn nein, bitte erläutern)?
30. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung für die Regelung des laut Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 6. Dezember 2016 bis zum 30. Juni 2018 zu schaffenden angemessenen Ausgleichs für frustrierte Investitionen der Atomkraftwerkbetreiber im Zeitraum vom 28. Oktober 2010 bis 16. März 2011

sowie für konzernintern nicht mehr abfahrbare Atomkraftwerke-Reststrommengen die Entscheidung des Internationalen Schiedsgerichts für Investitionsstreitigkeiten (ICSID) in Washington in der Rechtssache ARB 12/12 abwarten (bitte mit Begründung), und bis spätestens wann will die Bundesregierung belastbar geklärt haben, ob es im vorgenannten Zeitraum überhaupt betreffende frustrierte Investitionen der Atomkraftwerkebetreiber gab?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

31. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel die Auffassung ihres Persönlichen Afrikabeauftragten Günter Nooke, der auf dem Podium „Nachbarkontinent Afrika: Zwischen Flucht, Migration und wirtschaftlichen Perspektiven“ am 30. Mai 2017 sinngemäß sagte, dass „NGOs nicht immer die Regierung kritisieren sollten, von der sie Geld bekommen“, und inwiefern teilt die Bundeskanzlerin die weiteren Ausführungen von Günter Nooke, dass „Demokratie etwas überbewertet sei und es darum gehe, dass die Menschen genug zu essen haben, nicht, ob sie wählen gehen können“?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

32. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum sollen bei der geplanten Koordinierung der Afrikapolitik der verschiedenen Bundesministerien nur Staatssekretäre des Bundeskanzleramtes, des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums für Finanzen, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, nicht aber des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, des Bundesministeriums für Gesundheit und des Bundesministeriums

der Verteidigung ihre Arbeit miteinander abstimmen (https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2017/06/2017-06-07-eckpunkte-afrika.pdf?__blob=publicationFile&v=1), obwohl die Bundesministerien ebenfalls auf dem afrikanischen Kontinent aktiv sind, und wie erklärt die Bundesregierung die Überschneidung bei der Schwerpunktsetzung des eigenen Strategiepapiers „Wirtschaftliche Entwicklung Afrikas – Herausforderungen und Optionen“ mit dem Positionspapier „Mehr Wirtschaft mit Afrika“ (www.portalafrika.de/fileadmin/user_upload/PDF/SAFRI_MehrWirtschaftmitAfrika_2017.pdf) der Subsahara Afrika Initiative (SAFRI) – eines Zusammenschlusses wirtschaftsnaher Verbände?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

33. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie und durch wen ist die konsularische Betreuung deutscher Staatsangehöriger, die sich derzeit in Afghanistan aufhalten, sichergestellt?
34. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, zur Bearbeitung von Visaanträgen afghanischer Staatsangehöriger (z. B. zum Familiennachzug zu anerkannten Flüchtlingen) eine Vereinbarung mit anderen Auslandsvertretungen von EU-Mitgliedstaaten in Kabul einzugehen, und wenn nein, warum nicht?
35. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Was unternimmt die Bundesregierung konkret im Fall der beiden Akademikerinnen für den Frieden in der Türkei, Nuriye Gülmen und Semih Özakça, die beide, wie über tausend weitere Akademikerinnen und Akademiker, nur aufgrund ihrer Unterschrift unter einen Friedensappell entlassen wurden und seit dem 9. März 2017 für ihre Wiedereinstellung in einen fristlosen Hungerstreik getreten sind, am 22. Mai 2017 verhaftet wurden, ohne angemessenen Zugang zu Informationen über ihre Gesundheit und ihre Haftbedingungen, und ist die Bundesregierung in irgendeiner Weise aktiv geworden, um zu einer politischen Lösung für die Akademikerinnen und Akademiker für

den Frieden und die beiden sich im Hungerstreik befindlichen Nuriye Gülmen und Semih Özakça (vgl. DIE ZEIT vom 22. Mai 2017)?

36. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie begründet die Bundesregierung die Widersprüchlichkeiten (www.bild.de/politik/ausland/headlines/aa-vertuscht-besuch-52147804.bild.html) zwischen der Teilnahme vom Vertreter des Islamischen Zentrums Hamburg e. V., Dr. Hamidreza Torabi (www.bild.de/politik/ausland/auswaertiges-amt/eklat-um-knall-hart-mullah-51920284.bild.html), an der Eröffnungsveranstaltung der Konferenz „Friedensverantwortung der Religionen“ (www.taz.de/!5417485/) und der Aussage von Staatsminister Michael Roth, Dr. Torabi sei der Einladung nicht gefolgt („Es war eine Einladung zum Dialog, und dieser Einladung zum Dialog haben viele Folge geleistet, aber nicht Herr Torabi“, <http://dserver.bundestag.btg/btp/18/18236.pdf>, Plenarprotokoll 18/231, 23912 D), und zu welchen Veranstaltungen der Bundesregierung wurde Dr. Torabi eingeladen?

37. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung auch vor dem Hintergrund entsprechender Äußerungen der palästinensischen Regierung während des Staatsbesuches des Bundespräsidenten über den Stand zur gegenwärtigen Diskussion zwischen dem US-amerikanischen Außenminister Rex Tillerson und der palästinensischen Autonomiebehörde über die Einstellung der Praxis zur Zahlung von sogenannten Märtyrerrenten (Renten an Gefangene oder Hinterbliebene von Terroristen) (www.haaretz.com/israel-news/1.795759, www.haaretz.com/us-news/.premium-1.795584, www.haaretz.com/us-news/.premium-1.795549, www.reuters.com/article/us-palestinians-attackers-payments-idUSKBN19519Q), und wie hat die Bundesregierung letztmalig gegenüber der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO oder der Palästinensischen Autonomiebehörde PA die Einstellung von Renten an Terroristen und ihre Hinterbliebenen angesprochen (bitte konkreten Inhalt, Zeitpunkt und Gesprächspartner auf deutscher und palästinensischer Seite der Gespräche und keine allgemeinen Bekenntnisse gegen Terrorismus nennen)?

38. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Trifft es zu, dass der Boykott der Verhandlungen von mehr als 130 von 193 UN-Mitgliedstaaten in New York über ein rechtlich verbindliches Atomwaffenverbot durch die Bundesregierung darin begründet liegt, dass sich die Bundesregierung entgegen dem 2013 im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vereinbarten Ziel, sich dafür einzusetzen, „die Bedingungen für eine Welt ohne Kernwaffen zu schaffen und bis dahin die Rolle von Nuklearwaffen zu reduzieren“ (www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf, S. 118), die Option der „nuklearen Teilhabe“ aufrechterhalten will, und inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass ein von der UN beschlossenes Atomwaffenverbot auch dann wirkt, wenn die Atomwaffenstaaten sich nicht beteiligt haben (www.tagesspiegel.de/politik/un-verhandlungen-deutschland-drueckt-sich-vor-einem-atomwaffenverbot/19935054.html)?
39. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sind aus Sicht der Bundesregierung die Berichte von Menschenrechtsorganisationen zutreffend, dass seitens der EU indirekt Druck auf die griechischen Behörden ausgeübt wird, weniger Geflüchtete als besonders schutzbedürftig einzustufen (www.hrw.org/news/2017/06/01/eu/greece-pressure-minimize-numbers-migrants-identified-vulnerable), und welche Position bezieht die Bundesregierung gegenüber der EU in dieser Frage?
40. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Was ist der Bundesregierung aus ihrer Mitarbeit in der militärischen EU-Mission EUNAVFOR MED bzw. der grenzpolizeilichen EU-Mission TRITON zu derzeit in Brüssel beratenen Vorschlägen oder bereits entschiedenen Überlegungen bekannt, dass Angehörige der libyschen Küstenwache auf Schiffen der Missionen TRITON und INDALO mitfahren und Verbindungsbeamtinnen und -beamte der EU-Missionen auf den Schiffen des libyschen Militärs, zu dem die Küstenwache gehört, stationiert werden, und inwiefern kann die Bundesregierung zusätzlich zur „gewohnten Weise“ den Deutschen Bundestag darüber informieren, ob die derzeitigen Beratungen über die zukünftige Ausrichtung von EUNAVFOR MED auch den Vorschlag beinhalten, aufgrund des weiterhin fehlenden Mandates zum Befahren libyscher Hoheitsgewässer durch seegehende Einheiten der Militärmission

EUNAVFOR MED die daran beteiligten Nationen nach Rücksprache mit der libyschen Einheitsregierung mit Aufklärungsflügen zu mandatieren, um gewonnene Erkenntnisse an ein libysches Lagezentrum der Marine bzw. Küstenwache zu übermitteln, wie es das Auswärtige Amt auf entsprechende konkrete Nachfrage zunächst nicht beantworten wollte (Schriftliche Fragen der Abgeordneten Christine Buchholz auf Bundestagsdrucksache 18/12750)?

41. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Wie viele Menschen wurden im bisherigen Jahr 2017 und im Jahr 2016 (bitte differenzieren) im Mittelmeer in der Nähe der libyschen Küste, aber außerhalb der libyschen Hoheitsgewässer gerettet (bitte ein der Frage möglichst nahekommendes Gebiet bestimmen, zu dem sich statistische Angaben machen lassen, und dabei für die beiden Jahre jeweils getrennt nach den unterschiedlichen Rettungsakteuren differenzieren, insbesondere nach Schiffen von EUNAVFOR MED, Frontex (Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache), der/des italienischen bzw. maltesischen Küstenwache/Militärs, der libyschen Küstenwache, Handelsschiffen, zivilen Rettungsakteuren von Nichtregierungsorganisationen usw.), und inwieweit ist der Vorwurf zutreffend, dass Akteure aus der EU sich aus Rettungsaktionen in der Nähe der libyschen Küste tendenziell zurückziehen und die Aufgabe der Seenotrettung zunehmend insbesondere der libyschen Küstenwache überlassen möchten, damit diese eine Rückverbringung der Geretteten nach Libyen vornehmen, was EU-Akteuren wegen der Gefahr von Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das Zurückweisungsverbot in Libyen verboten ist (vgl. www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/libysche-kuestenwache-100.html; bitte so ausführlich wie möglich darlegen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

42. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Welche Änderungen hat es für die Entscheidungspraxis im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Umgang mit Asylsuchenden aus Afghanistan gegeben, oder sind geplant infolge der Entscheidung der Bundesminister des Innern

und des Auswärtigen, Abschiebungen nach Afghanistan bis zu einer neuen Lagebeurteilung im Grundsatz (mit Ausnahmen) auszusetzen (z. B. Änderung der Lageeinschätzung, Änderung von Herkunftsländerleitsätzen und Textbausteinen, Entscheidungsstopp bis zur neuen Lagebeurteilung usw. – bitte auf alle genannten Punkte so konkret wie möglich und begründet eingehen), und inwieweit werden in Asylbescheiden bei afghanischen Asylsuchenden, die im Jahr 2017 ergangen sind, neben der Lageeinschätzung des Auswärtigen Amts auch aktuelle Lagebeurteilungen internationaler Organisationen bzw. von unabhängigen Menschenrechtsorganisationen, etwa auch des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), eingegangen (bitte so ausführlich und konkret wie möglich darlegen und begründen)?

43. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Was tut die Bundesregierung dafür, dass im Rahmen der vom Rat der Europäischen Union beschlossenen Umverteilung von Schutzsuchenden aus Griechenland und Italien (Beschluss (EU) 2015/1523 vom 14. September 2015 sowie Beschluss (EU) 2015/1601 vom 22. September 2015) besonders schutzbedürftige Personen wie Menschen mit Behinderungen oder unbegleitete Minderjährige vorrangig aufgenommen werden (Nr. 27 und 33 der Beschlüsse), und inwiefern wird sie sich zukünftig für eine beschleunigte Aufnahme dieser Personen einsetzen?

44. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Kann die Bundesregierung bestätigen, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) Erkenntnisse über Verbindungen der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e. V. (DITIB) zur rockerähnlichen Gruppierung Osmanen Germania hat (www.br.de/radio/b5-aktuell/sendungen/der-funkstreifzug/der-funkstreifzug-11062017-osmanen-germania-100.html), und waren der Bundesregierung diese Erkenntnisse bereits bei Beantwortung der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/12452 bekannt?

45. Abgeordneter
Özcan Mutlu
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele islamistisch motivierte Straftaten wurden in den vergangenen drei Jahren durch Minderjährige und Kinder begangen (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln), und welche Haltung hat die Bundesregierung zu der Maßnahme, die Altersgrenze für die Überwachung durch den Verfassungsschutz in ganz Deutschland fallen zu lassen, wie Bayerns Innenminister Joachim Herrmann vorschlägt (www.zeit.de/politik/deutschland/2017-06/verfassungsschutz-joachim-herrmann-csu-kinder)?
46. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Möglichkeiten für Verbraucherinnen und Verbraucher gibt es in Deutschland, um Ausdrucke vom Drucker, die standardmäßig mit dem sogenannten MIC versehen sind (wodurch sich Datum, Uhrzeit und Seriennummer des Druckers auslesen lassen), zu unterbinden, sofern dies der Nutzer wünscht, und welche gesetzgeberischen Prozesse plant die Bundesregierung diesbezüglich?
47. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um den Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung auch in Gebärdensprache zur Verfügung zu stellen?
48. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie lautet die aktuelle standardisierte Leistungsbeschreibung der für Quellen-TKÜ (TKÜ – Telekommunikationsüberwachung) und Online-Durchsuchung eingesetzten Software des Bundeskriminalamts im Wortlaut (sollte es sich um zwei unterschiedliche standardisierte Leistungsbeschreibungen handeln, werden beide im Wortlaut erbeten), und warum sieht die Formulierungshilfe der Bundesregierung für einen Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD (Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, Ausschussdrucksache 18(6)334) keine unabhängige Prüfung für die zukünftig von den Strafverfolgungsbehörden zur Quellen-TKÜ und Online-Durchsuchung eingesetzte Software durch die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit vor?

49. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Auf wie viele parlamentarische (An-)Fragen in der aktuellen 18. Wahlperiode hat die Bundesregierung wegen reklamierten Geheimhaltungsbedarfs je ganz bzw. teilweise gar nicht oder nur als förmliche Verschlussache geantwortet (bitte aufschlüsseln nur für die Ressorts Bundeskanzleramt, Bundesministerium des Innern und Bundesministerium der Verteidigung, Totalverweigerungsfälle bzw. jeweiligen VS-Einstufungsgrad), und wie lauten die entsprechenden Zahlen für die 17. Wahlperiode?

